

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/43

Bonn, den 3. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Den Haag und Bonn</u> Zur Hollandreise des Bundeskanzlers	40
2	<u>Sorgen Skandinaviens</u> EWG - EFTA und der Nordische Rat Von unserem Korrespondenten in Skandinavien: Adolph Rasten	44
3 - 4	<u>"Annahme verweigert!"</u> Zu einem offenen Brief aus der Sowjetzone Von Helmut Bärwald	68
5	<u>Im Kampf mit dem Meer</u> Weitgehende Küstenschutzpläne Schleswig-Holsteins	46

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Den Haag und Bonn

### Zur Hollandreise des Bundeskanzlers

so - Zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden gibt es keine Streitfragen; der "Eierkrieg" wird Episode bleiben. Bundeskanzler Erhard und seine Begleitung konnten eines freundlichen Empfangs sicher sein, wenn auch die Zeit der deutschen Besetzung besonders bei der mittleren und älteren Generation noch manche böse Erinnerung wachhält. Der Zwang zum Zusammenleben und zum Zusammenarbeiten ließ viele Wunden vorknarben.

Die Berichte über die Begegnung deutscher und holländischer Staatsmänner haben die gute Atmosphäre der Besprechungen hervor und stellen weitgehende Übereinstimmung in der Europapolitik, in der Haltung gegenüber der Sowjetunion, in der Deutschland- und Berlinfrage fest. Hier schleicht sich freilich beim Leser schon Skepsis ein. Wie weit geht die Übereinstimmung in der Europapolitik?

Gleiche oder fast ähnliche Formulierungen hörte man bei den Erhardbesuchen in Paris und in Italien, obwohl alle Welt weiß, daß die Auffassungen de Gaulles und seine Konzeption von einem Europa der Vaterländer weit abweichen, wenn nicht gar unvereinbar sind mit den politischen Zielsetzungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), zu denen sich die Bundesrepublik, Italien und die Beneluxstaaten bekennen.

Die in der Regierungserklärung Erhards angekündigten europäischen Initiativen sind im Sande verlaufen, sie brachten nichts in Bewegung. Es mag auch daran liegen, daß die Regierung Erhard wohl selbst keine bestimmten Vorstellungen über den einzuschlagenden Weg besitzt; in den Reihen der Regierungskoalition hat de Gaulle starke Anhänger, sie sind bereit, seiner Konzeption zu folgen. Hat Bundeskanzler Erhard jemals versucht, auf den französischen Staatspräsidenten im Sinne einer stärkeren Einflußnahme einzuwirken? Konnte er dies überhaupt angesichts der widerstrebenden Kräfte im eigenen Lager tun, sind ihm hier nicht gewissermaßen die Hände gebunden? So fehlt seinen Äußerungen und Erklärungen zur Europapolitik die Kraft der mitreisenden Überzeugung. Es genügt eben nicht, zu sagen, der Beitritt Englands zur EWG sei erwünscht, ja notwendig, während man gleichzeitig nicht den Mut aufbringt, öffentlich kundzutun, wo de Gaulle im Verfolg seiner Politik auf deutsche Mitwirkung nicht mehr rechnen kann.

Die Gespräche in Den Haag haben gewiß ihren Nutzen, sie vermögen freilich nicht die Nebelschwaden zu zerstreuen, die über der Europapolitik liegen. Hier gibt es zu viele Kräfte, die verschiedenes wollen und anstreben. Das große europäische Gespräch, das Erhard mit seiner Reise eröffnete, führte zwar zu wortreichen Bekundungen gemeinsamer Solidarität, doch der Stillstand in der Europapolitik wird nicht überwunden; die Sorge um Europa bleibt.

## Sorgen Skandinaviens

EWG - EFTA und der Nordische Rat

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston

Als der Plan eines gemeinsamen nordischer Wirtschaftsmarktes vor Jahren auf unüberwindlichen Widerstand stieß und aufgegeben werden mußte, ahnte wohl niemand, daß die skandinavischen Länder sich innerhalb des Freihandelsbundes EFTA doch eines Tages zu einer Wirtschaftsgemeinschaft entwickeln würden. Diese Tatsache ist auf der letzten Tagung des Nordischen Rates in Stockholm auf überraschende Weise deutlich geworden. Es hat sich gezeigt, daß der Handel zwischen den nordischen Staaten in der Zeit zwischen 1957 und 1961 um 75 Prozent gestiegen ist. Die Herabsetzung der Zölle innerhalb der europäischen Freihandelszone EFTA hat zu dieser erfreulichen Entwicklung stark beigetragen.

Innerhalb des nordischen Raumes ist die Entwicklung allerdings sehr verschieden verlaufen. So ist Schweden bei weitem das größte Exportland und überhaupt das einzige Land im Norden, das einen Überschuß im Handel mit den übrigen nordischen Ländern hat. Im Jahre 1962 betrug der schwedische Ausfuhrertrag 2,1 Milliarden schw. Kronen, während Norwegen 1963 ein großes Defizit im Außenhandel verkrachten mußte. Dänemark konnte im verlaufenden Jahr das Defizit verringern.

Auf der nordischen Tagung zeigte sich, daß die Meinungen über eine mögliche Zusammenführung der europäischen Wirtschaftsböcke stark auseinander gehen und daß auch die Beurteilungen über einen dänischen und norwegischen Anschluß an die EWG sehr verschieden sind. Der Wirtschaftsexperte Bertil Ohlin, der im schwedischen Riksdag die liberale Partei führt, ist der Ansicht, die EWG entfalte eine stark protektionistische Handelspolitik, deshalb sollten die skandinavischen Länder und die EFTA in ihrem eigenen Interesse engere Kontakte mit den Vereinigten Staaten Amerikas und Kanada aufnehmen. Gegen diese Auffassung wandte sich der dänische Außenminister Per Hækkerup, der erklärte, es sei zu früh, Kanngießereien über das Verhältnis EFTA-USA anzustellen. Er betonte, Dänemark werde nicht zum Alleingang zur EWG antreten, und es sei überhaupt unmöglich, EFTA-Mitglied und assoziiertes Mitglied der EWG zu sein.

Daß die nordischen Länder in ausenpolitischen und militärischen Fragen keine Gemeinsamkeit zu erreichen vermögen, wird bei jeder Tagung des Nordischen Rates mehr und mehr deutlich. Immer mehr versucht man, die möglichen gemeinsamen Wege zu pflegen; was die gesetzgeberische Arbeit und die kulturellen Angelegenheiten betrifft, wurden auch diesmal gewisse Ziele erreicht.

Der Nordische Rat ist ein Interparlamentarisches Gremium ohne exekutive Befugnisse. Der Rat kann nur Empfehlungen aussprechen und Vorschläge an die Regierungen weiterleiten. Auf diese Weise ist in den vergangenen zwölf Jahren seit der Gründung des Nordischen Rates viel geleistet worden. Es wurde darüber Einigkeit erzielt, die vorbereitenden Arbeiten noch mehr zu koordinieren und zu vereinfachen, damit man wenigstens ein Drittel des üblichen Papierbergs abschaffen kann.

"Annahme verweigert!"

Zu einem "Offenen Brief" aus der Sowjetzone  
Von Helmut Bärwald

Die sowjetzonale Nachrichtenagentur ADN und einige sowjetzonale Zeitungen berichteten in den letzten Tagen über einen "Offenen Brief", den ein Pfarrer Heublein aus der sowjetzonalen Gemeinde Falkenthal an die "Deutsche Evangelische Gemeinde in Amsterdam" gerichtet hat. Der Grund dieses Schreibens: Die "Deutsche Evangelische Kirchengemeinde Amsterdam" hatte in ihrem Gemeindebrief vom November 1963 zu einer "Paketaktion für die Ostzone" aufgerufen. Das ist ganz im Geiste christlicher Nächstenliebe und im Sinne der Verbundenheit mit den Menschen in Mitteleuropa. Es sei dahingestellt, ob der Herr Pfarrer Heublein in Falkenthal aus eigener Überzeugung etwas gegen diesen Ausdruck christlicher Hilfsbereitschaft hat, oder ob er im Auftrag oder gar unter Druck von Partei- oder Staatsstellen der Sowjetzone einen Stein des Anstoßes darin fand und dagegen wetterte.

Die "Neue Zeit", das Zentralorgan der sowjetzonalen CDU, opferte fast eine Druckseite ihrer Ausgabe vom 25. Februar 1964, um den "Offenen Brief" und einige, ganz auf propagandistische Wirkung getrimmte redaktionelle Ergänzungen abzudrucken.

Unter der Überschrift "Opfer einer gewissenlosen Propaganda und Hetze" kann man in dieser Zeitung einen Brief lesen, der eines Christenmenschen unwürdig ist, und der "die Pflicht zur Wahrhaftigkeit in gewöhnlicher Weise verletzt" (um ein Wort dieses Schreibens zu übernehmen).

Pfarrer Heublein wirft den deutschen Glaubensbrüdern in Amsterdam vor, "in sehr trüben Quellen gefischt" und "finstere Schauermärchen" über die Lebensbedingungen der Menschen in der Zone berichtet zu haben. Schließlich geniert sich der Briefschreiber nicht, seinen hilfsbereiten, ausschließlich aus humanitären Beweggründen handelnden Glaubensbrüdern zu unterstellen,

"... daß es hier gar nicht um die Menschen, sondern lediglich um die Erfüllung eines Solls an üblicher Propaganda und Hetze geht."

Daß der, der diese Worte schrieb, die Empfänger am Schluß seines Elaborats "in der Verbundenheit des Glaubens grüßt", wirkt wie Hohn. Allerdings, gegen Geschenkpakete als "Zeichen der Liebe und des Gedankens" hat der Pfarrer Heublein nichts einzuwenden. Als was betrachtet er aber dann die Paketsendungen, die von deutschen evangelischen

Christen in Holland an Glaubensbrüder in der Sowjetzone gehen? Etwa als Zeichen des Hasses und des Vergessens? Die von der SED tolerierten und gern zitierten, wenn nicht gelankten oder befohlenen Auslassungen des Falkenthaler Pfarrers enthalten mehrere solcher dialektischer Bocksprünge. Mit Spott und Propagandatricks versucht die Redaktion der "Neuen Zeit", Tatsachen zu verdrehen und die Verfasser des Amsterdamer Aufrufs zur Hilfe für die Menschen in der Zone lächerlich zu machen.

Wenn die Leitung der "Deutschen Evangelischen Kirchengemeinde Amsterdam" dazu aufruft, nicht "an den Brüdern und Schwestern in der Zone vorüberzugehen" und ihnen "aus Dankbarkeit und Scham" zu helfen, "weil es dir vergönnt ist, in Freiheit und Überfluß zu leben", dann vermag die sowjetzonale CDU-Zeitung nichts anderes zu erwidern, als daß "die grotesken Behauptungen über die materielle und seelische Situation in der 'Ostzone' aus der Sudelküche der westdeutschen Militärkirche stammen."

Bereits seit langem versuchen die Zonenmachthaber immer wieder, mit propagandistischen oder administrativen Mitteln den Strom der nach Mitteldeutschland fließenden Geschenkpakete einzudämmen. Diese Pakete, die von den Menschen in der Zone freudig und dankbar entgegengenommen werden, passen der SED nicht in die Landschaft des mit grellen Farben an die Wand gemalten "sozialistischen Aufbaus". Das FDGB-Zentralorgan "Tribüne" mußte zum Beispiel vor einigen Tagen zugeben, daß ein Ausschuß der sowjetzonalen "Volkekammer" über "weiterge Maßnahmen zur besseren Versorgung der Arbeiter auf Baustellen und in industriellen Schwerpunkten" beraten muß.

Unsere innere Verbundenheit mit den Menschen Mitteldeutschlands und der humanitäre Akt ihrer materiellen Unterstützung durch uns können mit kommunistischem Propagandagekläff weder gestört noch unterbunden werden. Briefe solcher Art, wie sie Pfarrer Heublein aus der Sowjetzone schrieb, sind allenfalls zeitgeschichtlich interessante Dokumente aus dem unfreien Teil eines gewaltsam zerrissenen Landes.

## Im Kampf mit dem Meer

### Weitgehende Küstenschutzpläne Schleswig-Holsteins

sp - Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hat jetzt einen Küstenschutzplan vorgelegt, der in den nächsten fünfzehn Jahren realisiert werden und den Betrag von rund 820 Millionen DM erfordern wird. Durch den neuen Generalplan für Deichverstärkung, Deichverkürzung und Küstenschutz zieht das nördliche Bundesland die Konsequenzen aus der Sturmflut vom 17. Februar 1962. Der große Plan hat bereits die Zustimmung aller politischen Parteien in Kiel gefunden. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Sozialdemokraten die CDU-FDP-Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Dr. Helmut Lemke (CDU) nachdrücklich bei den Verlangen, von Bonn steigende Mittel dafür zu bekommen, unterstützen wird.

Kernstück des Planes ist die rigorose Verkürzung der Deichlinie zwischen dänischer Grenze und Elbmündung. Statt der gegenwärtig rund 500 Kilometer Seedeiche sollen nach fünfzehn Jahren nur noch rund 290 Kilometer Deiche vorhanden sein. Ganze Buchten und Meeresarme werden abgeriegelt, um eine kürzere und noch höhere Deichlinie besser und billiger unterhalten zu können. Im einzelnen ist vorgesehen, die Elbnebenflüsse Pinnau, Krückau und Stöhr durch große Sperrwerke vom Elbstrom abzuriegeln, damit das dichtbesiedelte Land hier nicht noch einmal überschwemmt werden kann.

Ferner sieht der Plan vor, die gesamte Meldorfer Bucht, den breiten Trichter der Eidermündung und ein großes Gebiet des Wattenmeeres zwischen der Insel Nordstrand und Pellworm als Festlandsgebiet einzubeziehen. Diese Projekte, die viele hundert Millionen DM verschlingen werden, sollen auch als große Süßwasser-Speicherbecken zur Verfügung stehen. In ihnen soll das Wasser der Flüsse dann gestapelt werden, wenn die Nordseeschleusen bei Sturmfluten nicht geöffnet werden können. Auf diese Weise will man die großen Überschwemmungen der Binnenländereien beseitigen, die dann eintreten, wenn bei Nordseehochwasser und Regenzeit keine Entwässerung durch die Deiche ins Meer möglich ist.

Zum ersten Mal wird auch die Nordseeinsel Pellworm durch einen Sicherungsdamm mit dem Festland verbunden. Wenn es sich hier auch noch nicht um einen Straßendamm handelt, so reicht der Sicherungsdamm doch aus, um die Nordseedarfen zu hindern, die Insel Pellworm durch tiefe Frielrinnen weiter vom Festland abzutrennen. Durch einen neuen großen Deichdamm quer durch das Wattenmeer wird die Insel Nordstrand übrigens praktisch in das Festland einbezogen. Desgleichen einige kleine Halligen, die in diesem Gebiet liegen.

Von den rund 820 Millionen DM sollen über 70 Millionen DM verwendet werden, um auch die dicht besiedelten Gebiete in den Eiderungen an der Ostsee vor künftigen Sturmfluten zu schützen. Große Bauvorhaben sind vor allem in der Lübecker Bucht und vor der Schleimündung vorgesehen, die möglicherweise durch ein Sperrwerk von der Ostsee getrennt werden. Man geht bei diesen Projekten von der Sturmflut im November 1962 aus, wo die Ostsee, die keine Gezeiten kennt, einen Hochwasserstand von 3,40 Meter erreichte.